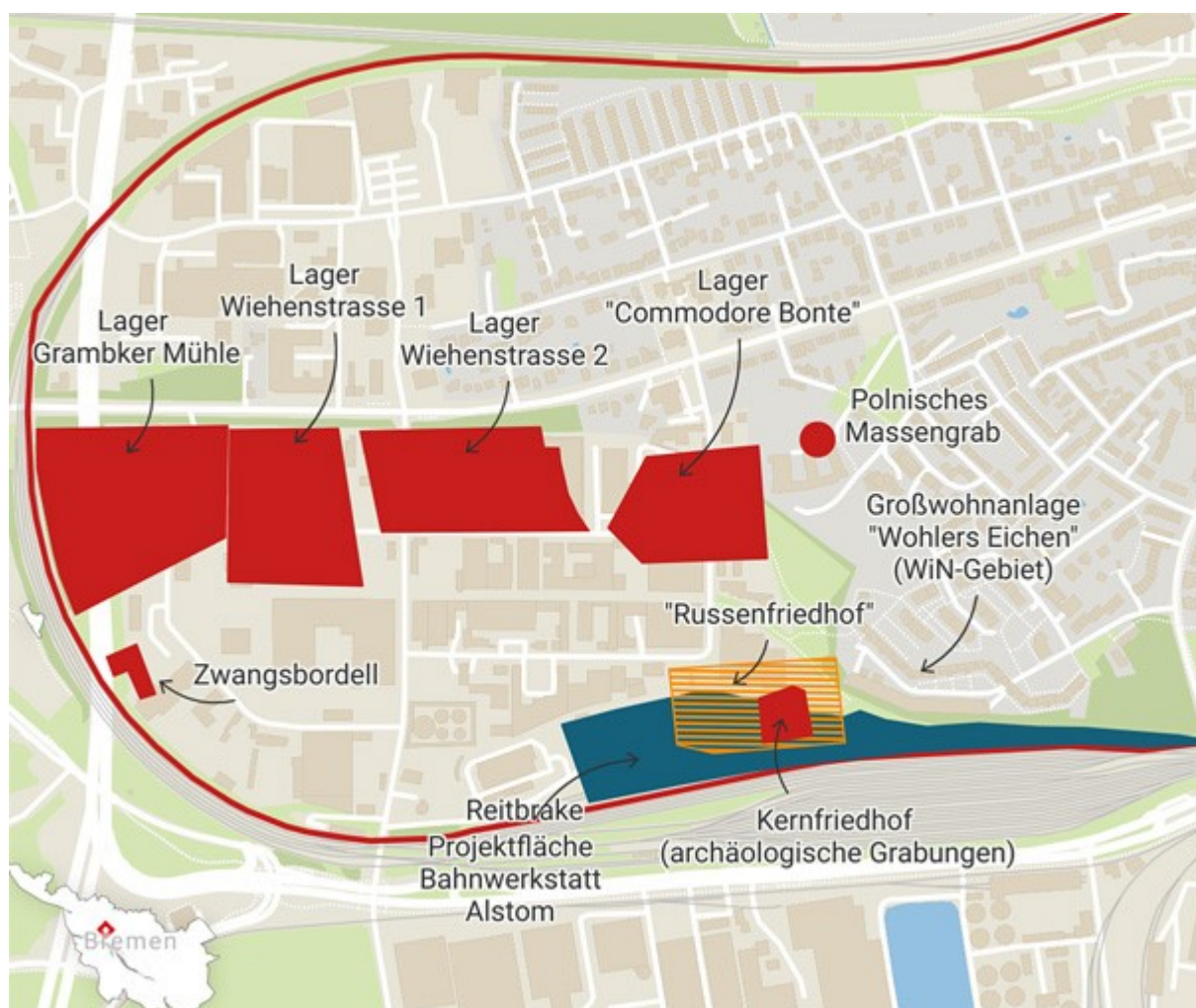


Dienstag, 18 Januar 2022 10:30

Bremen: Eine Bahnwerkstatt von Alstom würde die Opfer und ihre Angehörigen verhöhn

An der Reitbrake sind nun [acht weitere vollständige Skelette von sowjetischen Kriegstoten](#) gefunden worden. Das Bremer Friedensforum und Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu erneuern ihre Forderung nach einer Expertenkommission von Historikern, Völkerrechtlern und Ethikern, die der Bürgerschaft eine verbindliche Empfehlung zum Umgang mit der Kriegsgräberstätte in Bremen-Oslebshausen geben könnte. An der Reitbrake will das Land Bremen der Firma Alstom den Platz zum Bau einer [Werkstatt für die Züge des Expresskreuzes Bremen/Niedersachsen](#) zur Verfügung stellen.



Grafik Bremer Friedensforum.

Diese wird nun auch vom Landesparteitag der Regierungspartei Die Linke mit beeindruckender Mehrheit gefordert. Weiterhin wird die Untersuchung des gesamten „Russenfriedhofs“ mit seinen 20.000 Quadratmetern gefordert. Bisher wurden die Grabungen auf einen sogenannten „Kernfriedhof“ beschränkt. Bürgermeister Bovenschulte und Staatssekretärin Emigholz sollten nach Meinung der beiden Bürgerinitiativen nun Wort halten.

Ekkehard Lenz vom Bremer Friedensforum: „Eine Gedenkstätte gehört an diesen Ort, in geografischem Kontext zu den Nazi-Verbrechen. Alles andere würde die Opfer und ihre Angehörigen verhöhn.“

Dieter Winge von der Bürgerinitiative Oslebshausen: „Die Strategie von Bürgermeister Bovenschulte führt in ein Fiasko. Er hat alles auf eine Karte gesetzt und offenbar keinen Plan B. Er ist kurz davor, die Reputation Bremens zu beschädigen. Sollte er weiter an seinen Plänen festhalten, erschwert er zudem die Verkehrswende. Es wird höchste Eisenbahn, dass er sich um Alternativen für die Bahnwerkstatt kümmert. Die Landesarchäologie macht eine exzellente Arbeit. Die Grabungen müssen nun dringend auf die gesamte Fläche von 20.000 Quadratmetern erweitert werden.“

Anlass für die Grabungen an der Reitbrake war vor allem ein Polizeibericht vom 9. Mai 1946. Er wurde auf Anforderung der Vereinten Nationen erstellt und wurde erst im letzten Jahr von den Aktivisten in den Arolsen Archives aufgefunden (siehe Anlage). Der Bericht führt sehr präzise 217 Erkennungsmarkennummern auf. Die Aktivisten konnten 176 Nummern Personalkarten zuordnen, die im russischen Online-Archiv MEMORIAL aufgefunden werden konnten.

Von den 16 von Bürgermeister Bovenschulte bei der zentralen Veranstaltung zum Volkstrauertag verlesenen Namen befinden sich bereits zwölf Namen, die Friedensforum und Bürgerinitiative mittels Dokumentenrecherche identifiziert hatten. Elf von den zwölf sind im Polizeibericht aufgeführt. Dies belegt, dass der Polizeibericht sehr genau ist und höchste Qualität hat. Die Zahlen passen sehr präzise zu den anderen Quellen und den Funden der Grabung. Die Suche nach den mindestens 300 vermissten Kriegstoten muss daher dringend fortgesetzt werden.

Friedensforum und Bürgerinitiative gehen davon aus, dass die weiterhin vermissten NS-Opfer nicht ausschließlich auf dem sogenannten Kernfriedhof (3.500 qm) beigesetzt wurden, sondern auf einem anderen Teil des insgesamt 20.000 qm großen "Russenfriedhofs" zu finden sind.

Die Grabungen ausschließlich auf dem Areal des Kernfriedhofs wurden bisher mit einem Luftbild der Alliierten begründet. Nun zeigt der Fund der neun vollständigen Skelette, dass es auch Beisetzungen in tieferen Schichten gab. Woran liegt das? Das liegt daran, dass das Gelände über Jahre mit Wesersand aufgespült wurde. Spülungen vor dem Krieg wurden mit Augenzeugenberichten dokumentiert. Auch ist bekannt, dass der gesamte Friedhof zwischen der Erfassung durch die Polizei 1946 und der Exhumierung 1948 von der Hafenbehörde überspült wurde. Der Friedhof war danach kaum auffindbar. Nun besteht Gewissheit, dass es auch Spülvorgänge gab, während es auf dem "Russenfriedhof" Beisetzungen gab.

Insofern sollte die Landesarchäologie Abstand von der Arbeitsthese nehmen, dass es Beisetzungen nur auf dem Areal des Kernfriedhofs gegeben hätte. Diese Erkenntnis muss Folgen für die weitere archäologische Grabung haben. Es dürfte nicht ausreichen, etwaige Baumaßnahmen archäologisch zu begleiten, wie es bisher vorgesehen ist. Hier bedarf es auch der politischen Intervention aus der Bremischen Bürgerschaft.

Hintergrund

Für das Gelände in Oslebshausen soll nach den Vorstellungen der Bürgerinitiative Oslebshausen und des Bremer Friedensforums eine Gedenkstätte konzipiert werden. In unmittelbarer Nähe zum wiederentdeckten Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterfriedhof lag die größte Ansammlung von Lagern für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der Rüstungsstadt Bremen.

Der französische Schienenfahrzeughersteller Alstom beabsichtigt mit Unterstützung des Bremer Senats eine Bahnwerkstatt mit Abstellanlage in Bremen-Oslebshausen bis zum Jahr 2024 auf dem Gelände zu errichten. Die Investition ist Teil eines 760 Millionen Euro schweren Auftrags.

Alstom ist Rechtsnachfolgerin von mehreren kriegsverbrecherischen Bahnherstellern wie der Linke-Hofmann-Werke. Einem Unternehmen, das Zwangsarbeiter u.a. des KZ Groß-Rosen einsetzte. Die von diesem Unternehmen produzierten Vieh- und Güterwaggons haben sich wie die Verbrennungsöfen und Gaskammern als Symbol für Shoa und Schreckensherrschaft der Nazis in das kollektive Gedächtnis eingepägt. Museen in acht Ländern stellen 35 Güterwaggons als Symbol für die Beteiligung der deutschen Eisenbahnen am Judenmord aus. Drei Millionen Juden und mindestens 1,5 Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden während des Zweiten Weltkriegs mit Hilfe der

Eisenbahn deportiert.

Im Frühling vergangenen Jahres haben Friedensforum und Bürgerinitiative die Behörden auf den zentralen Friedhof für sowjetische Kriegsoffer aufmerksam gemacht. Die Stadt Bremen hatte die Existenz vergessen und zunächst geleugnet. Die Aktivisten konnten bis heute über 400 sowjetische Opfer des Nationalsozialismus, die dort bestattet wurden, namentlich identifizieren. ([rb.gy/y7g3xq](https://www.lok-report.de/news/deutschland/aus-den-laendern/item/30...) , [rb.gy/n51ele](https://www.lok-report.de/news/deutschland/aus-den-laendern/item/30...)). Der Bremer Senat um Bürgermeister Andreas Bovenschulte hält unbeirrt an der Ansiedlung einer Bahnwerkstatt auf dem Areal der Kriegsgräberstätte fest. Wirtschaftliche Interessen sind der rot-grün-roten Regierung Bremens wichtiger als ein angemessener und geschichtsbewusster Umgang mit der Kriegsgräberstätte.

Grundlage der Nachforschung waren historische Ausarbeitungen von Harry Winkel und Peter-Michael Meiners ([rb.gy/ofciot](https://www.lok-report.de/news/deutschland/aus-den-laendern/item/30...)).

Pressemeldung Bürgerinitiative Oslebshausen, Bremer Friedensforum

[Zurück](#)

Letzte Änderung am Dienstag, 18 Januar 2022 11:00